

Die Logik des Schreckens

Russland stationiert neue Waffen, Amerika kündigt einen Abrüstungsvertrag. Atombomben sind wieder ein Mittel der Politik. Doch Deutsche und Schweizer sind sich für einmal einig: Sie träumen von einer atomwaffenfreien Welt.

Von Eric Gujer

Oops, er hat es wieder getan. Nach der Kündigung des Handelsabkommens Nafta und des Atomvertrags mit Iran plant Donald Trump nun den Rückzug aus dem INF-Vertrag, der Washington und Moskau die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen verbietet. Den Anlass zum Ausstieg bildet die Indienststellung eines russischen Marschflugkörpers. Die eigentliche Ursache hingegen ist, dass sich die strategische Landschaft seit dem Ende des Kalten Kriegs verändert hat.

Amerika und Russland sind nicht mehr der einzige Massstab in der Welt der Abschreckung. China, Nordkorea, Israel, Indien, Pakistan und bald wohl auch Iran verfügen über atomare Arsenale inklusive Mittelstreckenraketen. Das zentrale Schlachtfeld des Kalten Kriegs war noch Europa. Heute denkt das Pentagon in weltweiten Bedrohungsszenarien. Leidtragende sind die Europäer, deren Kontinent zum Schauplatz einer neuen Rüstungsspirale werden könnte, gerade weil er als Konfliktfeld an Bedeutung verloren hat. Zudem nimmt mit dem Auslaufen des INF-Vertrags der Anreiz für Washington weiter ab, sich in Europa zu engagieren. Der Atlantik wird noch ein Stück breiter.

Gefährliche Abkopplung

Während die Grossmächte nüchtern und kenntnisreich über die atomare Abschreckung debattieren, herrscht in Europa Ignoranz vor. Der deutsche Aussenminister Heiko Maas ist bei dem Thema genauso ein sicherheitspolitisches Leichtgewicht wie die Mehrheit im schweizerischen Parlament. Im Gegensatz zu den Briten und den Franzosen, die unbeirrt an ihren Atomwaffen festhalten, glauben die anderen Europäer, das Zeitalter des nuklearen Armageddon sei vorbei. Das Erwachen aus diesem Traum wird umso ernüchternder sein – in Berlin, Bern und anderswo.

Russen und Amerikaner haben jetzt sechs Monate Zeit, um sich auf den Fortbestand des INF-Vertrags zu einigen. Wie aber überzeugt man den Kreml davon, die Marschflugkörper nicht zu stationieren? Am ehesten mit der Ankündigung, seinerseits Mittelstreckenwaffen aufzustellen. Das funktionierte auch in den achtziger Jahren, als Moskau erst zur Räson kam und über die Verschrottung seiner SS-20 verhandelte, als die amerikanischen Pershing-Raketen einsatzbereit waren. Doch genau diese Drohung hat Maas kategorisch ausgeschlossen. Moskau weiss also,

dass es keine Nachteile zu befürchten hat. Die Marschflugkörper werden seine Sicherheit verbessern und Westeuropa schwächen. Zwar kann sich der alte Kontinent theoretisch auf Amerikas atomaren Schutzschirm verlassen. Allerdings ist es zumindest fraglich, ob Washington auf einen regionalen Atomwaffeneinsatz mit Langstreckenraketen und folglich mit einem globalen Vernichtungskrieg reagieren würde.

Diese Lücke in der Abschreckung hatte schon den deutschen Kanzler Helmut Schmidt veranlasst, sich vehement für den Nato-Doppelbeschluss und für die Stationierung der Pershing einzusetzen. Er wollte eine Entkopplung von europäischer und amerikanischer Sicherheit unter allen Umständen vermeiden. Doch Strategen vom Schlag eines Schmidt gibt es nicht mehr; nur Politiker, die glauben, die Welt werde ein besserer Ort, wenn sie eine wohlfeile Gesinnung und Hirngespinnste wie ein weltweites Atomwaffenverbot propagierten.

Die deutsche Regierung möchte jede Diskussion über Atomwaffen verhindern, weil sie die Wiederauferstehung der Friedensbewegung fürchtet. Worüber man öffentlich nicht redet, das existiert nicht: Das ist seit je der erfolgreichste Grundsatz aus Angela Merkels Brevier des Machterhalts. Deshalb verschob Berlin auch die Entscheidung darüber, welcher Flugzeugtyp für den Einsatz von Atombomben vorbereitet werden soll.

Berlin besitzt zwar keine eigenen taktischen Atomwaffen, erhalte diese aber im Kriegsfall von den USA. Weil der Tornado ausgemustert wird, muss ein anderes Flugzeug als Träger her. Die einzige Alternative, der Eurofighter, ist ebenfalls in die Jahre gekommen. Daher böte sich der Kauf des amerikanischen F-35 an, doch ist dies für die grosse Koalition wegen der Auseinandersetzungen mit der Administration Trump nicht opportun.

Das deutsch-französische Mantra lautet derzeit «strategische Autonomie» – so wenig wie möglich gemeinsam mit Trump. Hier sollten die anderen Nato-Staaten und selbst ein Nichtmitglied wie die Schweiz hellhörig werden. Wer die Allianz schwächt, um dem unangenehmen Zeitgenossen im Weissen Haus eins auszuwischen, untergräbt die Sicherheit Europas ausgerechnet in dem Moment, in dem es aufgrund der russischen Atomrüstung so verletzlich ist wie schon lange nicht mehr. Die Europäer sollten alles daransetzen, die US-Präsenz zu erhalten, denn nur Amerika kann den Kontinent verteidigen. Sie selbst sind dazu nicht in der Lage; zu schwach sind ihre Streitkräfte, zu inkompatibel ihre Einsatzdoktrinen und politischen Interessen.

Die Nato war von Anfang an als amerikanische Versicherungspolice gegen Hegemonialstreben in Europa gedacht – gegen die Sowjetunion, aber auch mit einem Seitenblick auf das geschlagene und geteilte Deutschland. Besiegt und zerstückelt ist es nicht mehr, sondern stärker denn je. Hegemonialgelüste hegt die

Bundesrepublik deswegen noch lange nicht. Halbgare, gegen die USA gerichtete Pläne des Duos Paris - Berlin könnten aber irgendwann dasselbe bewirken.

Länder wie Polen oder die Schweiz müssen jegliches Interesse daran haben, Amerika in Europa zu halten und die Idee einer strategischen Autonomie zu durchkreuzen. Denn diese stünde unweigerlich unter deutsch-französischem Vorzeichen, und der Wert der Nato würde beträchtlich schrumpfen.

Versicherungspolice sind auch dann nützlich, wenn das Schadenereignis sehr unwahrscheinlich, das Ausmass des Schadens aber sehr gross ist.

Nukleares Laienspiel

Die Schweiz diskutiert mit Inbrunst über die Risiken eines Souveränitätsverlustes durch ein Rahmenabkommen mit der EU. Zugleich übersieht sie die Gefahren der sich verändernden strategischen Landschaft. Das Nichtmitglied Schweiz profitiert davon, wenn Washington in der Nato den Einfluss der grossen Nachbarn Deutschland und Frankreich ausbalanciert. Statt den amerikanischen Beitrag zur europäischen Sicherheit zu würdigen, verpasste Bern den USA jedoch eine Ohrfeige. So votierten beide Kammern des Parlaments für einen in der Uno auf den Weg gebrachten Vertrag, der ein totales Atomwaffenverbot vorsieht.

Das Abkommen ist ein Beispiel für die Naivität des Westens in Fragen der Strategie. Und wenn auch die ganze Welt das Dokument unterzeichnen mag, so vertrauenswürdige Länder wie Nordkorea, Pakistan und Iran werden dies gewiss nicht tun. Die Garantie der Abschreckung dient der Schweiz, die sich trotz ihrer Neutralität von jeher auf den amerikanischen Schutzschirm verlässt. Denn das ist die Logik der Atomwaffen: Solange ein Staat sie besitzt, muss es einen zweiten geben, der das Gleichgewicht des Schreckens aufrechterhält. Hiroshima und Nagasaki haben sich ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt und erinnern daran, wie leichtfertig diese Waffen eingesetzt werden, wenn nur ein Land über sie verfügt. Eine Ständerätin verstieg sich zur Behauptung, man könne nicht Landminen und Chemiewaffen ächten, Atomwaffen aber nicht. Landminen oder Chemiewaffen haben eine beschränkte und deshalb kalkulierbare Wirkung. Wer sie benutzt, kann darauf vertrauen, ungestraft davonzukommen. Deshalb setzte das syrische Regime bedenkenlos Giftgas ein. Bei Atombomben gibt es keine solche Rückversicherung. Wer sie zündet, vermag die eigene Vernichtung nie ganz auszuschliessen. Dank ihrer mit dem sinnigen Akronym MAD (Mutual Assured Destruction) beschriebenen Zerstörungskraft bilden Atombomben eine eigene, mit keiner anderen Waffe vergleichbare Kategorie.

Das ist das kleine Einmaleins der Nukleardoktrin, über die sich das Parlament mit der schlichten Moral der Nulloption hinwegsetzt. Es verursacht ein mulmiges Gefühl, die äussere Sicherheit in der Hand von Laien zu wissen. Das gilt umso mehr, als der

Bundesrat den Kopf in den Sand steckt. Er will dem Votum beider Kammern nachkommen, obwohl er eine Ratifikation des Vertrags für falsch hält. Damit begeht der Bundesrat einen kleinen Verfassungsbruch. Die Zuständigkeit für die Aussenpolitik, welche ihm die Verfassung übertragen hat, kann er nicht einfach weiterreichen. Er muss seine Verantwortung wahrnehmen. Nicht nur der Eiertanz um das Rahmenabkommen belegt die Schwäche der Regierung. In geopolitisch turbulenten Zeiten ist das eine Hypothek.